

daß chinesische Produkte auf dem eigenen Markt immer stärker konkurrenzfähig geworden sind. So liegen die Preise chinesischer Textilien beispielsweise um 20-30% niedriger, und nach koreanischen Angaben sollen angeblich billige chinesische Güter mit minderwertiger Qualität als hochwertige, teure koreanische Produkte angeboten werden. Um die eigene Industrie zu schützen, hat Südkorea deshalb wiederholt bestimmte Importe mit "Strafzöllen" belegt. (NfA, 31.7.92)

Auch auf den internationalen Märkten spürt Südkorea den Konkurrenzdruck aus China. Im Jahre 1991 stieg der Anteil Chinas auf dem amerikanischen Markt auf 3,9% und war damit zum ersten Mal höher als der südkoreanische von 3,7%. Diese Entwicklung gilt auch für Japan, da hier der südkoreanische Marktanteil im letzten Jahr lediglich 5,2% betrug, während die Volksrepublik ihren Anteil auf 6% erhöhen konnte. (FT, 29.5.92; NfA, 31.7.92)

Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Republik Korea verspricht sich China auch ein stärkeres Engagement südkoreanischer Investoren. Das vertragliche Investitionsvolumen betrug zwar zwischen 1979-1991 erst 198,85 Mio.US\$ und die realisierten Investitionen in diesem Zeitraum werden mit 56,29 Mio.US\$ angegeben. Jedoch erhöhten sich nach offiziellen chinesischen Angaben im 1.Halbjahr 1992 die zugesagten Investitionen bereits auf 170 Mio.US\$ für insgesamt 228 Projekte. Damit ist das durchschnittliche Investitionsvolumen relativ niedrig und liegt deutlich unter dem japanischer oder amerikanischer Investoren von 2,4 Mio.US\$ und 4,5 Mio.US\$. (NfA, 31.7.92; CD, 26.8.92)

Bei der regionalen Verteilung der Investitionen dominiert Nordostchina mit höchsten Anteil in der Provinz Shandong, die nur 190 km entfernt östlich von Südkorea liegt, und einen größeren Bevölkerungsanteil der koreanischen Minderheit mit Verwandtschaftsbeziehungen in der Republik Korea aufweist. Während nach chinesischen Angaben im Jahre 1988 erst drei mit koreanischem Kapital gegründete Unternehmen in der Provinz Shandong bestanden, erhöhte sich ihre Anzahl im Jahre 1991 auf 105 solcher Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 91 Mio.US\$ und dem Schwerpunkt

in der Nahrungsmittel-, Baustoff-, Bekleidungs-, Elektronik- und Chemieindustrie. Bis zum 1.Halbjahr 1992 sollen bereits 72 neue koreanische Investitionsprojekte für rund 50 Mio.US\$ in Shandong realisiert worden sein. (XNA, 29.7. und 26.8.92)

Zur Verbesserung der Investitionsbedingungen wurde im Mai d.J. ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet, um auch südkoreanischen Großunternehmen einen stärkeren Anreiz zu bieten; über ein Doppelbesteuerungsabkommen wird derzeit noch verhandelt. Samsung Electronics Co. hat bereits im Juli d.J. ein Kooperationsunternehmen mit der chinesischen Telecommunication and Broadcasting Co. (TCB) zur Herstellung von Videokassettenrekordern gegründet. Im Joint Venture Tianjian Samsung Electronics mit einer 50%igen Beteiligung der Südkoreaner und einem Investitionsvolumen von 60 Mio.US\$ sollen jährlich 600.000 Geräte für den Verkauf im In- und Ausland produziert werden. (FT, 21.7.92; HB, 22.7.92) Interesse hat auch der südkoreanische Konzern Daewoo gezeigt, der Joint Ventures in der Zement-Produktion in der Provinz Shandong und im Hotelbau in Dalian (Provinz Liaoning) plant. Auch Hyundai soll Gespräche über den Bau eines Stahlwerkes und eines Unternehmens im Kfz-Sektor führen. (NfA, 19.12.91, 1.9.92; CD, 26.8.92) -schü-

Binnenwirtschaft

*(42)

Preisreform macht weitere Fortschritte

Wie die RMRB am 1.9.1992 berichtet, hat das Staatliche Preisbüro (Guojia Wujiaju) zur Unterstützung der Reform der Staatsbetriebe und zur Ausweitung des Marktsystems weitere Maßnahmen beschlossen. Hierzu zählen die Preisfreigabe einer großen Anzahl von Produktionsmaterialien und die weitere Beschränkung des Umfangs der staatlichen Preisfestsetzung.

Insgesamt wurde die überarbeitete Liste für Produktionsmaterialien- und Transportpreise des Staatlichen Preis-

büros und der betreffenden Verwaltungsstellen auf insgesamt 89 Posten zum 29.8.92 von vormem 737 Posten Anfang 1991 reduziert. Über die Preise von 571 Produkten, darunter Schmieröle und -fette, Rohöl, Erdölpech, Kohle mittleren Grades, Kohleschlamm, Sodaasche, Aluminium, Blei, einige Stahlprodukte, Gips und der größte Teil der Produkte der Maschinenbau- und Elektronikindustrie, können die Industriebetriebe selbst entscheiden. Den Preisbüros der lokalen Regierungsverwaltungen wurde die Zuständigkeit für die Bestimmung von 22 Güterpreisen übertragen (welche Warenkategorien hiervon betroffen sind, wurde nicht genannt).

Nach Zustimmung des Staatsrates erfolgt zum 1.9.92 die Aufhebung der einheitlichen Preisobergrenzen für den Ein- oder Verkauf von Produktionsmaterialien außerhalb der staatlichen Planvorgaben. Hierzu zählen Rohöl, Erdöl-Endprodukte, Stahlprodukte, Roheisen, Kupfer, Aluminium, Zink, Zinn, Nickel, Sodaasche, Ätznatron etc.

Die Preisfreigabe soll sich günstig auf die Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft (Shehui Zhuyi Shichang Jingji) auswirken, das Problem des "Doppelgleis-Preissystems" (Shuangguizhi) für Produktionsmaterialien besser lösen, die Anpassung der Industriebetriebe an Marktbedingungen fördern, die Umwandlung der Wirtschaftsmechanismen der Industriebetriebe vorantreiben, die Energie- und Rohstoffindustrie fördern und sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken. Wie die XNA am 2.9.92 mitteilte, sollen jedoch nicht die Preise knapper Produktionsmaterialien für Investbauprojekte (capital construction) freigegeben werden. Auch werde die Regierung bei zu starken Preisschwankungen aufgrund eines gestörten Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage eingreifen.

Nach Einschätzung des Staatlichen Preisbüros werden die Preisfreigaben keinen großen Einfluß auf das Niveau der Einzelhandelspreise haben. Insgesamt seien die Einzelhandelspreise bis zum 1.Halbjahr 1992 gegenüber der Vorjahresperiode um 4,9% gestiegen. Nach Freigabe der Preise werde der Handel mit Produktionsmaterialien von den staatlichen Preisabteilungen überwacht werden, um unfairen Wett-

bewerb und illegale Praktiken, insbesondere Horten für Spekulationszwecke und Preistreiberei zu verhindern.

Über die Fortschritte bei der Preisreform seit Anfang dieses Jahres berichtet die XNA am 31.8.92 auch unter Bezug auf einen Artikel in der Übersetzung der chinesischen Wochenzeitschrift *Liaowang*. So habe sich der prozentuale Anteil derjenigen Güter, die der staatlichen Preiskontrolle unterliegen, deutlich reduziert. Lediglich 22,2% des gesamten Aufkaufs landwirtschaftlicher Produkte, 20,9% des gesamten Güterabsatzes und 36% der Verkäufe von Produktionsmaterialien seien Ende 1991 noch von der staatlichen Preissetzung betroffen gewesen. Seit Januar d.J. habe die Regierung die Preiskontrolle bereits für eine Reihe von Produkten wie Kohle, Chemikalien, Stahl, Sodaasche, Ätznatron, Farbfernsehgeräte, Zucker, bedruckte Stoffe sowie Woll- und Gummischuhe gelockert. In manchen Regionen, wie beispielsweise in der Provinz Guangdong, seien auch die Preise für Getreide und Speiseöl freigegeben worden. Die Liste der staatlich kontrollierten Preise für Produktionsmaterialien und Transportdienstleistungen würde nach dem neuesten Stand nur noch rund 100 Warenkategorien umfassen. Weiterhin seien umfangreiche Preisanpassungen, insbesondere beim Aufkauf und Verkauf von Getreide, Kohle, Gas und Transportdienstleistungen, durchgeführt worden. -schü-

*(43)

Ausweitung der Rechte staatlicher Unternehmen

Ende Juli wurden die vom Staatsrat verabschiedeten Bestimmungen zur Ausweitung der Rechte staatlicher Unternehmen veröffentlicht. Eine deutsche Übersetzung dieses Dokuments mit Kommentar liegt inzwischen vor und ist in der vorliegenden Ausgabe von *China aktuell* abgedruckt.

Die 'Regeln zur Umwandlung der Betriebsmechanismen' staatlicher Unternehmen sehen eine Beschneidung der Entscheidungs- und Verfügungsrechte lokaler Verwaltungsbehörden zugunsten der Unternehmen (leiter) vor. Den Bestimmungen nach haben die Staatsunternehmen folgende Rechte:

- Entscheidung über die Produktion. Zwar erfolgt nach wie vor eine zumindest beschränkte Einbindung in staatliche Planvorgaben, doch hat das Unternehmen dann das Recht, die Planerfüllung zu verweigern, wenn die planmäßige Allokation von Rohstoffen, Transport oder Energie nicht gewährleistet wird.

- Entscheidung über Preise der Produkte und Arbeitsleistungen. Dies gilt nicht für solche Preise, die der staatlichen Preissetzung unterliegen. Derzeit ist die Freigabe von Preisen in einem größeren Umfang vorgesehen, so daß die Unternehmen auch in zunehmendem Maße über die Preise für Produktionsmaterialien selbständig entscheiden werden können.

- Entscheidung über den Absatz. Dies betrifft den Absatz der außerplanmäßigen Produktion, die landesweit vermarktet werden darf. Hinsichtlich des geplanten Absatzes hat das Unternehmen das Recht, auf die Einhaltung der Aufkaufverträge zu bestehen bzw. Kompensation bei Nichteinhaltung zu verlangen.

- Entscheidung über den Kauf von Materialien. Bei der planmäßigen Lieferung von Materialien kann das Unternehmen auf den Abschluß von Verträgen und ihrer Einhaltung bestehen und außerhalb des Planbereichs selbständig Material einkaufen.

- Rechte im Im- und Exportbereich. Diese Bestimmung sieht insbesondere vor, daß die Unternehmen selbst die Auswahl von Außenhandelsvertretungen für ihren Im- und Export durchführen und über ihre Deviseneinkünfte selbst verfügen können.

- Entscheidung über Investitionen. Unternehmen erhalten das Recht, über die Verwendung der ihnen verbleibenden Gewinne, Landnutzungsrechte, etc. selbst zu entscheiden und Investitionen landesweit und branchenunabhängig durchzuführen. Eine Einschränkung ihrer Rechte erfolgt über die staatliche Industriepolitik und der Entwicklungsvorschriften für die Branchen.

- Rechte über die Durchführung von Verbundproduktion und Fusion mit anderen Unternehmen.

- Rechte im Bereich der Personalwirtschaft. Hierzu zählt insbesondere das Recht auf Einstellung und Entlassung von Personal sowie die Verteilung von Löhnen und Prämien.

Im 5. Kapitel der "Bestimmungen" werden die Beziehungen zwischen Unternehmen und Regierung definiert. Hier wird deutlich festgelegt, daß die Funktion der Regierung lediglich in der Koordinierung, Überwachung und Verwaltung und der Bereitstellung von Dienstleistungen besteht. Dazu wird beispielsweise die Rechnungsprüfung, Genehmigung von produktiven Bauvorhaben, Fusionen und Konkursanträgen gezählt.

Neben der makroökonomischen Steuerung der Unternehmen durch die Regierung über u.a. rechtliche Bestimmungen, Zinsen und Preise wird der Regierung die Aufgabe übertragen, das Marktsystem auszubauen. So sollen lokale Marktbarrieren abgebaut und die Marktentwicklung über Bereitstellung notwendiger Marktdaten und rechtlicher Bestimmungen gefördert werden. Gleichzeitig wird der Ausbau eines Systems der sozialen Absicherung verlangt.

Reformen zur Umgestaltung der Staatsbetriebe wurden bereits Mitte der 80er Jahre begonnen. So zielte auch das 1988 verabschiedete Gesetz über die staatlichen Industriebetriebe auf eine Trennung von Eigentums- und Bewirtschaftsrecht. Die Durchsetzung dieser Bestimmungen hat sich jedoch als sehr schwierig erwiesen und die administrative Intervention in betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Unternehmensleiter von Staatsbetrieben ist noch immer die Regel.

Vor dem Hintergrund der hohen Verluste der Staatsbetriebe und der damit verbundenen zunehmenden Belastung des Staatshaushalts in den letzten Jahren sieht sich die Regierung gezwungen, einen neuen Versuch zur Reform dieser Betriebe zu unternehmen. -schü-

*(44)

Erfolgreiche Privatunternehmen

Im Gegensatz zur desolaten Situation vieler Staatsunternehmen, waren die privaten Betriebe in China in den letzten Jahren sehr erfolgreich. Ende Juni

d.J. stieg die Zahl der Individualbetriebe (geti hu) auf 14,1 Mio. mit insgesamt 22,37 Mio. Beschäftigten. Dies ist ein Anstieg um 6,2% und 6,4% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Zahl der Privatunternehmen stieg auf 110.000, davon 49.000 in den städtischen Gebieten, die 734.000 Personen beschäftigen.

Der Gesamtwert der privaten Unternehmen in den Bereichen Industrie, Bau- und Transportsektor erhöhte sich im 1. Halbjahr 1992 auf 8,79 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 19,6% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 20.8.92)

Die dynamische Entwicklung der Privatunternehmen wird einem Bericht der NZZ vom 18.6.92 nach jedoch durch die offiziellen Angaben nicht deutlich genug. So gab es am Jahresbeginn laut der chinesischen Statistik zwar 100.000 Privatunternehmen, die über 2 Mio. Beschäftigte hatten, doch würden sich viele Privatunternehmen als Kollektivbetriebe tarnen, um die steuerlichen Vergünstigungen dieser Eigentumsform in Anspruch zu nehmen. Tatsächlich sei von einem Bestand von rund 200.000 Privatunternehmen auszugehen.

Nach einer Prognose des chinesischen National Information Center wird davon ausgegangen, daß sowohl die Privatunternehmen als auch die staatlichen Unternehmen bis zum Jahre 2000 je mit einem Viertel zum Sozialprodukt beitragen werden, während der Rest von Kollektivunternehmen gestellt werde. (ASWJ, 16.7.92) -schü-

*(45)

Ungenehmigte Wertpapieremissionen kritisiert

Die regierungsoffizielle RMRB druckte am 14.8.92 (S. 1 u.S. 4) zwei Rundschreiben des Staatsrates ab, in denen die eigenmächtige Emission von Wertpapieren durch verschiedene Provinzen und Städte kritisiert wird.

Das Rundschreiben des Staatsrates enthält Zirkulare der Staatlichen Planungskommission und der Zentralbank, die sich gegen die ungenehmigte Ausgabe von Wertpapieren in den Provinzen Anhui und Jiangsu sowie in den Städten Shenyang und Dalian [Provinz Liaoning] wenden. So erlaub-

te die Zweigstelle der Zentralbank in der Provinz Anhui der Anhuier Treuhand- und Investmentgesellschaft sowie der Treuhand- und Investmentgesellschaft der Anhuier Niederlassung der People's Construction Bank of China die Emission von Wertpapieren von April bis Juni d.J. im Werte von 145 Mio. Yuan, ohne hierzu die Genehmigung der Zentralbank in Beijing eingeholt zu haben. Dies war auch der Fall bei der Zulassung von Wertpapieremissionen von sechs Treuhand- und Investmentgesellschaften mit einem Volumen von 250 Mio. Yuan durch die Zweigstelle der Zentralbank in Shenyang. Weiterhin genehmigte die Zweigstelle der Zentralbank in Dalian die Ausgabe von Wertpapieren von fünf Treuhand- und Investmentgesellschaften mit einem Volumen von 200 Mio. Yuan im Mai d.J., ebenfalls ohne Zustimmung der Zentrale in Beijing.

Die Zentralbank in Beijing kritisiert in ihrem Rundschreiben die eigenmächtige Genehmigung der lokalen Abteilungen; die Überprüfung und Zulassung neuer Wertpapiere sei ausschließlich das Recht der Zentralbankleitung. Die ungenehmigte Wertpapieremission wird in den genannten Fällen jedoch noch keine Reduzierung der zentral zugeteilten Quoten über die Ausgabe von Unternehmensschuldverschreibungen zur Folge haben.

Deutlich restriktivere Maßnahmen enthält das Rundschreiben der Staatlichen Planungskommission und der Volksbank zur eigenmächtigen Emission von Wertpapieren in der Provinz Jiangsu. So wird nicht nur das Verhalten der Zweigstelle der Zentralbank in Jiangsu und der Jiangsuer Planungs- und Wirtschaftskommission kritisiert, die die Ausgabe von Schuldverschreibungen lokaler Investmentgesellschaften mit einem Volumen von 150 Mio. Yuan genehmigt hatten. Da die Emission trotz gegenteiliger Anweisung der Zentralbankleitung erfolgt war, soll das Emissionsvolumen von der Jiangsu zugeteilten Quote für 1992 abgezogen werden. (SWB, 18.8.92) -schü-

*(46)

Shenzhener Aktienmarkt: Zurück zur Normalität

Die Situation auf dem Shenzhener Aktienmarkt hat sich nach schweren Ausschreitungen Anfang August d.J. wie-

der normalisiert. Zu tumultartigen Szenen und Demonstrationen war es bei der Ausgabe von fünf Mio. Berechtigungsscheinen zur Teilnahme an einer Lotterie gekommen, für die nach Schätzungen rund 1 Mio. Menschen vor den 303 Ausgabeschaltern der Banken und Wertpapierhäusern Shenzhens drängten. Ordnungskräfte der Polizei setzten u.a. elektrische Schlagstöcke ein, um einen geregelten Verkauf der Lotteriecoupons sicherzustellen.

Da ein Teil der am 9. und 10.8.92 wartenden Menschen erfolglos in Hitze und Regen angestanden hatten und sich das Gerücht verbreitete, daß Beamte durch illegale Transaktionen einen Teil der Coupons einbehalten hätten, kam es zu gewalttätigen Demonstrationen. Vor dem Gebäude der Stadtregierung sollen die Demonstranten am Abend des 10.8.92 mit Rufen wie "Nieder mit der Korruption" die Fortsetzung des Lotterieverkaufs verlangt haben. Im Verlaufe der Nacht sei es außerdem zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen, es gab Verletzte und Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt. (BRu, 34/1992, S. 7; FT, 10.8.92; SCMP, 11.8.92; XNA, 12.8.92)

Unter dem Druck der Demonstrationen erklärte sich die Shenzhener Regierung nach einer vorübergehenden Aussetzung des Börsenhandels bereit, 5 Mio. zusätzliche Anrechtsscheine für eine im September stattfindende Lotterie zu verkaufen. (SCMP, 12.8. und 13.8.92; NNZ, 16./17.8.92).

Aufgrund der starken Nachfrage nach Aktien und des sehr begrenzten Angebots wurde die Lotterie als eine Form der Allokation bei der geplanten Neuemission von 14 Aktien mit einem wertmäßigen Volumen von 500 Mio. Yuan gewählt. Private Kapitalanleger konnten Anrechtsscheine zur Teilnahme an der Lotterie zu einem Preis von 100 Yuan pro Stück erwerben. Aus der Gesamtzahl der 5 Mio. Coupons werden durch die Lotterie 10% ausgewählt; pro Anrechtsschein können dann Aktien in einem Wert von 1.000 Yuan pro Schein gekauft werden. Daß trotz einer Chance von 1:10 bei der Lotterie ein derartiger Ansturm auf die Anrechtsscheine erfolgte, hängt mit dem schnellen Kursanstieg der bereits emittierten Aktien und dem damit verbundenen hohen Gewinnen zusammen. (FT, 10.8.92; SCMP, 10.8.92)

Trotz der Ausschreitungen beim Verkauf der Anrechtsscheine scheint das Experiment mit Wertpapierbörsen nicht gefährdet zu sein. Dies wird anhand der offiziellen Reaktionen auf die Tumulte deutlich. Beispielsweise kündigte Mofert-Minister Li Lanqing bereits bei seinem Besuch in Singapur Mitte August an, daß die Weiterentwicklung der Wertpapierbörsen ungehindert fortgesetzt werde. (SCMP, 17.8.92) Auch die Lokalregierung versucht, die Bedeutung der gewalttätigen Auseinandersetzungen herunterzuspielen, um nicht die Existenz der Wertpapierbörse Shenzhens zu gefährden. Allerdings gab Zheng Liangyu, Bürgermeister Shenzhens, zu, daß die derzeitige Zuteilungsmethode der Lotterie sehr mangelhaft sei und auf die unzureichende Erfahrung zurückgeführt werden müßte. Auch kündigte Zheng an, daß die Korruptionsvorwürfe und das Verhalten der Polizei untersucht werden würden. (FT, 13.8.92; SCMP, 12.8.92) Nach Einschätzung von Li Ziliu, Bürgermeister von Guangzhou, sei das Auftreten solcher Probleme wie in Shenzhen für einen sich entwickelnden Aktienmarkt kaum vermeidbar. Dies sei nicht als Chaos zu bewerten, sondern vergleichbar mit den Schwierigkeiten eines Kindes, das Laufen lernt. (FEER, 20.8.92)

Einem Bericht der SCMP vom 13.8.92 nach wurde inzwischen eine Untersuchungskommission vom Staatsrat eingesetzt, die sich auch mit den Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen soll.

Li Yining, Wirtschaftsprofessor an der Beijinger Universität und Mitglied des NVK, bewertete in einer Rede vor dem Ständigen Ausschuß des NVK Anfang September d.J. die Tumulte in Shenzhen als Folge des knappen Aktienangebots. Seiner Einschätzung nach müßte mit dieser Situation noch länger gerechnet werden, da die privaten Sparguthaben inzwischen auf über 1 Billion Yuan gestiegen seien und die Haushalte rund 200-300 Mrd. Yuan Bargeld halten würden, während es jedoch nur wenige Möglichkeiten der Kapitalanlage gebe. Li Yining forderte vor diesem Hintergrund eine Ausweitung des Wertpapierangebotes. (SWB, 9.9.92) -schü-

*(47)

Verschuldungsketten angeblich beseitigt

Nach Angaben der Leitungsgruppe für die Klärung der Verschuldungsketten beim Staatsrat konnten bis Juli d.J. die

Verschuldungsketten der Staatsunternehmen im wesentlichen gelöst werden. Außer solche Verschuldungsprobleme, die nicht unter die Kreditbedingungen und die staatliche Industriepolitik fallen würden, seien die vor 1991 entstandenen Zahlungsrückstände für Projekte im Investbau und für die technologische Erneuerung beseitigt worden - ein Jahr früher als ursprünglich geplant.

In den letzten zwei Jahren soll die Regierung insgesamt 51 Mrd. Yuan zur Lösung der Verschuldungsketten in einem Umfang von 200 Mrd. Yuan bereitgestellt haben. Wie ein Sprecher der Leitungsgruppe gegenüber der RMRB angab, bestehe allerdings in einigen Unternehmen die Gefahr einer neuen Verschuldung, da sie ihre Produktion nicht an der Marktnachfrage ausrichteten und nur ihre Lagerhallen füllten. (RMRB, 18.8.92)

Nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten sei das Verschuldungsproblem der Staatsunternehmen jedoch nur kurzfristig durch die Bereitstellung von Kapital durch die Regierung zu lösen. Wichtig sei vielmehr die Beschränkung der Kreditvergabe auf solche Unternehmen, die auch gezeigt hätten, daß sie Kredite zurückzahlen könnten. (SCMP, 19.8.92) -schü-

*(48)

Zou Jiahua korrigiert Wachstumsrate

Im Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zou Jiahua zur Durchführung der diesjährigen Wirtschaftsplanung betrug die Wachstumsrate in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 12% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 2.9.92) Ende Juli noch hatte das Staatliche Statistikamt eine Zuwachsrate von 10% angegeben. (RMRB, 22.7.92)

Auch im Juli erhöhte sich der industrielle Bruttowertsatz wiederum mit einer zweistelligen Steigerungsrate um diesmal 21,8%, so daß sich die Wachstumsrate der Industrieproduktion in den ersten sieben Monaten im Vergleich zur Vorjahresperiode um insgesamt 19% erhöht hat (1. Halbjahr 18,2%). Die Zunahme der schwerindustriellen Produktion betrug 21%, der leichtindustriellen Produktion

16,9% und der großen und mittleren Staatsbetriebe (nach einem Zuwachs von 20,9% im Juli) 18,9%. (RMRB, 17.8.92)

In seinem Bericht zur Durchführung der Wirtschaftsplanung 1992 wies Zou Jiahua auch den hohen Anstieg der Anlageinvestitionen bei gleichzeitigem Fortbestand der irrationalen Investitionsstruktur hin. Zou begründete diese Problematik damit, daß nach wie vor viele Gebiete wirtschaftliche Entwicklung lediglich über eine Ausweitung ihrer Projekte zu erreichen suchten. Insgesamt seien zu viele Entwicklungszonen gegründet und zu viele neue Projekte begonnen worden, für die keine Durchführbarkeitsstudien erstellt und für die keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen würden. Zou Jiahua kündigte die Überprüfung die seit Anfang dieses Jahres begonnenen neuen Projekte durch die Staatliche Planungskommission an. Insgesamt erhöhten sich von Januar bis Juli d.J. die Anlageinvestitionen auf 218,9 Mrd. Yuan bzw. um 28,5%. (XNA, 2.9.92) -schü-

*(49)

Wirtschaftsaktivitäten von Partei- und Regierungsorganisationen

In einem Artikel in der IHT vom 15./16.8.92 werden Beispiele für wirtschaftliche Aktivitäten einzelner chinesischer Partei- und Regierungsorganisationen aufgeführt, die zunehmend Unternehmen gründeten, in Hotelbauten investierten und Geschäfte eröffnen sollen.

Beispielsweise soll die Beijinger Polizei Schlagstöcke verkaufen, das Staatliche Statistikamt pro beantworteter Frage 25 US\$ verlangen, die Shanghaier Stadtverwaltung Gebühren von reisenden Journalisten erheben und die Armee eines der besten Beijinger Hotels betreiben.

Vom Chinesischen Frauenverband wird berichtet, daß die der Partei nahestehende Organisation in Guangzhou ein besonders gutgehendes Hotel betrieben hat. Allerdings mußte bei einer Polizeirazzia vor einigen Wochen festgestellt werden, daß in diesem Hotel auch "gewisse" andere Dienstleistungen junger Damen angeboten wurden.

Selbst die ZK-Parteischule soll Anfang dieses Jahres vorübergehend einen Obstand in Beijing betrieben haben und angeblich im Sommer d.J. Videofilme zu einem Preis von 22 US\$ mit der Rede eines Politbüromitglieds, der sich über die konservativen Politiker lustig machte. Auch das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, dem die Polizei des Landes unterstellt ist, hat zwei Geschäfte in Beijing eröffnet, in denen schußsichere Westen, tragbare Funk-sprechgeräte, vier Sorten von Handschellen sowie sechs verschiedene elektrische Vichtreiberstöcke - allerdings nur an Personen mit Empfehlungsbrieffen - verkauft werden.

Vor allem die Armee, die bereits sehr erfolgreich im internationalen Waffengeschäft tätig ist, soll sich jetzt auch verstärkt gewinnträchtigen Aktivitäten im Inland zuwenden. Beispielsweise ist der Generalstab der Armee Teilinhaber des Palace Hotels, das zu den luxuriösesten in China zählt. Weiterhin soll der Marine ein anderes Luxushotel gehören, und vom Asia Hotel wird gesagt, daß es zum Teil Eigentum des Ministeriums für öffentliche Sicherheit sei. Angeblich soll selbst das Ministerium für Staatssicherheit eine eigene Im- und Exportgesellschaft, die Xinghua Corp., unterhalten sowie eine Bäckerei und eine chemische Reinigung.

Die von Deng Xiaping geforderte Beschleunigung der Reform und 'Befreiung des Denkens' (jiefang sixiang) wird als Grund für diese vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten gesehen, da ein Beamter dies dadurch beweisen könne, daß er für sein Ministerium einen möglichst hohen Gewinn erzielt.

Eine indirekte Bestätigung der Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten von Partei- und Regierungsorganisationen wird durch das Rundschreiben des Zentralkomitees und des Staatsrats Anfang Juli d.J. gegeben. In diesem Zirkular soll nach Angaben der SCMP vom 16.7.92 den Behörden und Parteiorganisationen auf und oberhalb der Gemeindeebenen untersagt worden sein, Unternehmen zu gründen und Geschäfte zu betreiben. Auch eine Doppelfunktion, gleichzeitig als Beamter und Unternehmer, sei verboten. Das Rundschreiben untersagt auch den Partei- und Regierungsabteilungen die Ausnutzung ihrer Machtposition, um illegale Vorteile daraus zu ziehen.

-schü-

Taiwan

*(50)

Plus und Minus diplomatischer Beziehungen

Im diplomatischen Krieg mit Beijing hat Taipei wieder einmal einerseits einen kleinen Sieg errungen und andererseits eine schwere Niederlage erlitten. Am 23.Juli wurden diplomatische Beziehungen zwischen Taipei und dem Niger aufgenommen und am 22.August die diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Seoul (Südkorea) abgebrochen.

Wie berichtet (C.a., Juni 1992, Ü 34, S.355), hatte das westafrikanische Land Niger trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit der VR China am 19.Juni d.J. die Republik China in Taiwan anerkannt. Unter dem Protest aus Beijing und dem Druck des eigenen Parlaments wurde neun Tage später die Anerkennung zurückgezogen; Ministerpräsident Amadou Cheiffou dementierte aber danach die Aufhebung der Anerkennung. Nach einem Tauziehen von über einem Monat gab schließlich seine Regierung am 21.Juli der Eröffnung der Botschaft Taipeis in Niamey ihre Zustimmung und am folgenden Tag noch eine schriftliche Erklärung zur Bekräftigung der unveränderten Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taipei. Darauf "suspendierte" (zhonghi) Beijing am 30.Juli seine diplomatischen Beziehungen zum Niger aus Protest gegen dessen Zwei-China-Politik und warf Taiwan - wie gewohnt - Gelddiplomatie vor. (LHB, 24.7. und 1.8.1992; ZYRB, 25.7. und 2.8.1992)

Einer Pressemeldung zufolge gewährte Taiwan Niger am 20.August ein günstiges Darlehen in Höhe von 50 Mio.US\$ mit einer Laufzeit von 15-20 Jahren und einem Zinssatz von 7%. Am darauf folgenden Tag überreichte der neue taiwanchinesische Botschafter in Niamey, Lin Zhihong, sein Beglaubigungsschreiben. Vom 25. bis 28.August stattete Ministerpräsident Cheiffou einen Staatsbesuch in Taiwan ab. Er bestätigte öffentlich die o.g. Finanzhilfe von Taiwan. Darüber hinaus will Taiwan, so heißt es, Niger weitere 5 Mio.US\$ schenken, um damit die von Beijing nach Abbruch der

diplomatischen Beziehungen hinterlassenen unvollendeten Projekte einer Universitätsbibliothek und von Bewässerungsanlagen auszuführen.

Niger hat z.Z. nur eine provisorische Regierung; Ende d.J. finden neue Wahlen statt. Nach einem Beschluß des Nationalrats (provisorisches Parlament) dürfen die jetzigen Führer von Staat, Regierung und Parlament dabei nicht kandidieren. Es bleibt daher offen, ob die neue Regierung nach den Wahlen ohne Cheiffou als Regierungschef die Chinapolitik Nigers nicht noch einmal ändern wird, obwohl Taiwan auch Geld für die Wahlveranstaltungen Nigers spendet. (LHB, 9., 22. und 29.8.1992) Von 1963-1974 bestanden bereits diplomatische Beziehungen zwischen Taiwan und Niger, die dann aber infolge der Anerkennung Beijings durch Niger abgebrochen wurden.

Südkorea hat am 24.August Beijing als die einzige legitime Regierung für China anerkannt und diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen. Im gemeinsamen Kommuniqué dazu heißt es u.a. auch, daß Seoul den Anspruch Beijings auf Taiwan als einen Bestandteil Chinas respektiert. (XNA, 25.8.1992) Am gleichen Tag wurde die Botschaft der Republik China (Taiwan) in Seoul geschlossen. In der Vergangenheit hatte es bereits häufig Spekulationen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten gegeben. Es war Beijing, das als engster verbündeter Nachbarstaat Nordkoreas gezögert hatte, Südkorea offiziell anzuerkennen. Die Wende, die kurz nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Taiwan und Niger und einen Tag vor dem Taiwanbesuch des Ministerpräsidenten von Niger kam, wurde in Taiwan als ein Vergeltungsschlag Beijings verstanden. Man erinnert sich daran, daß Beijing im Juli 1990 mit dem großen Sieg im Kampf um die Anerkennung durch Saudi-Arabien, Taipeis Freude über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu vier kleinen Staaten, Grenada (Juli 1989), Liberia, Belize (beide Oktober 1989) und Lesotho (April 1990), stark gedämpft hatte.

Taipei ist seit einigen Jahren bereit, eine Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen durch andere Staaten zu akzeptieren. Beijing lehnt jedoch nach wie vor das Modell von zwei chinesischen Staaten oder Regierungen kategorisch ab. Als Taipei von der